

FRAGEN DER KLAGENEINORDNUNG IN DER NEUEREN UNGARISCHEN RICHTSPRAXIS

Prof. Dr. LÁSZLÓ NÉVAI

Leiter des Lehrstuhls für Zivilprozessrecht

1. *Systeme der Einordnung.* Die Zivilprozessordnung und die Verfahrensrechtswissenschaft unterscheidet zwischen zahlreichen Arten der Zivilklagen. Die Systematisierung ist weitverzweigt und nimmt mehrere Gesichtspunkte in Betracht; ihre praktischen Folgen sind von hoher Bedeutung.

Die Prozessarten, die aufgrund der den Gegenstand der Klage bildenden *materiell-rechtlichen* Forderung oder eines anderen Rechtes (Rechtsverhältnisses) unterschieden werden, sind z. B. Klagen wegen Kindesunterhaltes, wegen anderen gesetzlichen Unterhaltes, wegen Schadenersatzes wegen Anfechtung eines Verwaltungsbeschlusses usw.

Die Einordnung aufgrund materiell-rechtlicher Kriterien kann einerseits Rechtswirkungen von *gerichtsorganisatorischer* (eventuell innenorganisatorischer) Natur nach sich ziehen (z. B. die Klage wird vor das Arbeitsgericht oder vor das Wirtschaftskollegium gehören, der Senat für Sozialversicherungsprozesse wird in der Sache verfahren usw.), andererseits kann sie aber bedeutende *Verfahrensunterschiede* zur Folge haben (z. B. in den Prozessen gemäss ZPO Teil IV und V werden die für besondere Verfahrensarten massgebenden Regeln zur Anwendung kommen).

Hinsichtlich des Zivilverfahrensrechtes und der konkreten Urteiltätigkeit in den verschiedenen Zivilprozessen ist die Einordnung der Klagen aufgrund von *verfahrensrechtlichen Kriterien* sehr wichtig. Die grösste Bedeutung besitzt aus diesem Gesichtspunkt der Inhalt der Klage (der Klageantrag).

Aufgrund des Klageantrags unterscheiden wir — wie bekannt — drei Klagearten: die Leistungsklage, die Feststellungsklage und die Gestaltungsklage.

Die Einordnung aufgrund des Charakters des Klageantrags hat im allgemeinen keine Rechtswirkung im Kreise der *Gerichtsverfassung* (wenn wir z. B. die Anwendung gewisser Zuständigkeitsregeln bezüglich sog. Vertragssachen, die im Kreise der Wirtschaftsprozesse aufgrund von Feststellungsklagen, aber häufiger aufgrund von Gestaltungsklagen

eingeleitet werden, nicht als solche betrachten), aber umso bedeutender sind die *verfahrensrechtlichen* Folgen, die oft mit der Möglichkeit der Rechtsverfolgung, oder sogar mit der Zulässigkeit des Gerichtsweges zusammenhängen.

Im weiteren überblicke ich jene Probleme der Einordnung der aufgrund von verfahrensrechtlichen Kriterien hervorgehobenen obigen drei Klagetypen (ihrer Abgrenzung), die in der Rechtspraxis der vergangenen Jahre aufgetaucht sind und in letzter Reihe meistens durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (Berufungsbeschluss, Gesetzlichkeitsbeschluss, seltener Stellungnahme des Kollegiums) geregelt wurden und ich versuche dieselben auch in ein System einzuordnen. Bezüglich der theoretischen Grundlagen weise ich auf meine Erörterungen in meinen früheren Aufsätzen hin, deren einige Feststellungen, die manchmal auch in den Gerichtsbeschlüssen erscheinen, ich jedoch – infolge des Zwanges der Bearbeitungsmethode – auch hier verwendet habe.

I. Die Leistungsklage

2. *Das Wesen der Leistungsklage.* Das ist die häufigste Klageart. Das Gesetz (ZPO §. 122) erklärt natürlich nicht das Wesen der Leistungsklage, gibt keine Begriffsbestimmung („Lex moneat, non doceat!“), es weist höchstens durch eine gelöstere Abfassung der Benennung („auf eine Leistung gerichtete Klage“) auf den Inhalt hin.

Die Rechtsnorm nimmt das Wesen der Leistungsklage als bekannt an: der Kläger beantragt beim Gericht, den Beklagten zur Erfüllung einer gegenüber dem Kläger bestehenden Verpflichtung zu verpflichten: zu einer Leistung (z. B. zur Zahlung eines Geldbetrages), zu einer Tätigkeit oder zur Abstandnahme von einer Tätigkeit (Nichttun, Unterlassung, Duldung).

Diese Annahme der Rechtsnorm steht im grossen und ganzen mit der Rechtskenntnis der Gesellschaft, mit dem Informationsniveau der rechtssuchenden Werktätigen in Einklang. Auch gemäss der allgemeinen Auffassung handelt es sich bei den meisten Zivilprozessen um eine Verurteilung; wenn das Gericht der Klage stattgibt, verurteilt es den Beklagten.

Eben in diesem Umstand, in der ziemlich hohen Eindeutigkeit und Geklärtheit ist wahrscheinlich die wichtigste Erklärung dafür verborgen, dass in der Gerichtspraxis verhältnismässig die wenigsten Probleme im Zusammenhang mit der Einordnung der Leistungsklagen auftauchen; die Probleme, die dennoch auftauchen, hängen im allgemeinen mit den einschränkenden, und dann mit denn von der Einschränkung Ausnahmen zulassenden Regeln des Gesetzes zusammen.

3. *Fälligkeit der Forderung.* Eine Leistungsklage kann nur zwecks Geltendmachens einer fälligen Forderung eingeleitet werden [ZPO §. 122 Abs. (1)].

Ist die Forderung noch nicht fällig, so weist das Gericht, insofern es noch in der Zeit der Verhandlungsvorbereitung feststellt (ZPO §. 124), ohne Erlassung einer Ladung die Klageschrift zurück [ZPO §. 130 Abs.

(1) Punkt f/], wird es aber später festgestellt, so stellt es den Prozess ein (ZPO §. 157 Punkt a/).

Der Prozess weger einen nicht fälligen Forderung kann aber nicht eingestellt werden, wenn die Forderung während des Prozesses vor Beschlussfassung fällig geworden ist [ZPO §. 158 Abs. (3)].

Es gibt zwei *Ausnahmen* vom Erfordernis der Fälligkeit der Forderung.

Die *erste Ausnahmeregel* lautet, dass eine Leistungsklage wegen Unterhaltsbeitrag, Rente oder einer anderen periodischen Leistung auch bezüglich *noch nicht fälligen Leistungen* vorgelegt werden kann [ZPO §. 122 Abs. (2)].

Im Kreise der zukünftig fällig werdenden Unterhaltsforderungen hebt – bezüglich des Anfangszeitpunktes – gemäss der ständig befolgten Gerichtspraxis das Urteil, das sie Unterbringung des Kindes ändert, die Unterhaltszahlungspflicht jenes Elternteils, in dessen Pflege das Gericht das Kind gibt, vom Tage der tatsächlichen Übergabe des Kindes auf und verpflichtet von demselben Tage an den anderen Elternteil zur Zahlung des Unterhaltsbeitrags.

Die Gerichtspraxis betrachtet auch die *Wohnungsgebrauchsgebühr* als eine unter die Bestimmungen der ZPO §. 122 Abs. (2) fallende periodische Leistung. Eine Gesetzlichkeitsentscheidung besagt:

„Laut ZPO §. 122 Abs. (2) kann in einem wegen Unterhalt, Rente und anderer periodischen Leistung eingeleiteten Prozess der auf Leistung gerichtete Klageantrag auch für nicht fällige Leistungen eingereicht werden. Da im Prozessfall der Klageantrag auf eine periodische Leistung gerichtet war, weil die Kläger beantragten, die Beklagten bis zur tatsächlichen Räumung, d. h. für die Zeit des Gebrauchs ohne Rechtstitel, zur Zahlung einer Wohnungsgebrauchsgebühr zu verpflichten, besteht kein Hindernis, dass das Gericht die Beklagten auch zur Zahlung künftiger Leistungen verpflichtet.“

Im Falle eines davon abweichenden rechtlichen Standpunktes des Gerichts II. Instanz wären die Kläger gezwungen, gegen die die Zahlungspflicht nicht erfüllenden Beklagten monatlich einen Prozess wegen Zahlung der Wohnungsgebrauchsgebühr einzuleiten. Auch jener rechtliche Standpunkt des Gerichtes II. Instanz ist unrichtig, dass die in ZPO §. 122 aufgenommene Bestimmung nur in einem wegen einer von Gegenleistung unabhängigen periodischen Leistung eingeleiteten Prozess anzuwenden ist. Der Grund der Leistung eines Unterhaltes, einer Lebensrente kann auch die Übertragung eines Gegenwertes sein, und es steht nun ausser Zweifel, dass auch im Falle eines solchen Vertrages der Verpflichtete zur Zahlung zukünftig fälliger Leistungen verpflichtet werden kann“ (P. törv. II. 20 613/1971.).

Im Zusammenhang mit dem Geltendmachen von *Unfallsrentenforderungen* stellt die Begründung der Stellungnahme des Obersten Gerichtshofes Nr. 52 PK – unter anderen – fest:

„Der Anspruch auf Unfallsrente kann – innerhalb der Verjährung – zurückgehend nur unter den in EGB §. 280 Abs. (3) bestimmten Grenzen

auf dem Gerichtsweg geltend gemacht werden. Hinsichtlich der in der Zukunft fälligen Rente kommt dagegen jene in ZPO §. 122 Abs. (2) aufgenommene Bestimmung in Betracht, wonach in einem Prozess wegen Unterhaltes, Rente und anderer periodischer Leistungen der auf Leistung gerichtete Klageantrag auch bezüglich noch nicht fälliger Leistungen eingereicht werden kann."

Im Sinne der *zweiten Ausnahme* kann eine Klage wegen der Rückgabe einer in bestimmtem Zeitpunkt zurückzugebenden Wohnung, anderer Räumlichkeit oder anderer Liegenschaft schon vor Eintritt des Zeitpunktes der Fälligkeit eingereicht werden. [ZPO §. 122 Abs.(2)].

4. *Fälligkeit der Forderung und Möglichkeit der bedingten Verurteilung.* In Zivilprozessen wird manchmal eine bedingte Verurteilung notwendig. Das steht nicht im Gegensatz zu dem in ZPO §. 122 Abs.(1) erhobenen Erfordernis bezüglich der Fälligkeit der Forderung.

Eine bedingte Verurteilung kann besonders im Falle der sog. *scheinbaren persönlichen Klagehäufung* vorkommen.

Eine scheinbare — nicht wirkliche — Klagehäufung ist dann vorhanden, wenn die gleichzeitig geltendgemachten Klagen gegenseitig voneinander *abhängen*, ober sich gegenseitig *ausschliessen* und ihr gleichzeitiges Bestehen nur einen Übergangscharakter hat, letzthin aber nur *eine* von ihnen befriedigt wird. Solche Fälle können sowohl in Bezug auf einen Gegenstand, als auch auf eine Person vorkommen. Ein charakteristischer Fall der scheinbaren persönlichen Klagehäufung ist der gemeinsame Prozess gegen den Hauptverpflichteten und den einfachen (nicht selbstschuldnerischen) Bürgen [BGB §. 274 Abs. (1)]; in diesem Fall kann der Bürge bedingt (abhängig von der Beitreibbarkeit der Forderung vom Hauptverpflichteten und von den vor dem gegebenen Bürgen ohne Hinsicht auf ihn Bürgschaft übernehmenden Bürgen) verurteilt werden.

Eine Gesetzlichkeitsentscheidung besagt:

„Die Verfahrensregeln hindern nicht den gemeinsamen Prozess gegen einen Privatarbeitsgeber und seinen Angestellten. Laut ZPO §. 51 Punkt *h*/ können mehrere Beklagten gemeinsam geklagt werden, wenn die Prozessforderungen aus demselben Rechtsverhältnis stammen. Nun ist daran nicht zu zweifeln, dass die Forderung des Beschädigten gegen den Privatarbeitsgeber, bzw. seinen Angestellten aus demselben Rechtsverhältnis, nämlich aus der Schadenverursachung des Angestellten stammt, und daran ändert auch das nicht, dass die Verantwortung des Angestellten sekundär, bzw. bedingt ist. Mit Hinsicht darauf und auf das Gesagte ist auch jene in ZPO §. 122 Abs. (1) aufgenommene Bestimmung kein Hindernis der gemeinsamen Prozessführung und der angewandten bedingten Verurteilung, wonach ein auf Leistung gerichteter Klageantrag nur wegen Geltendmachens einer fälligen Forderung stattfinden kann, weil — unter Beachtung der Bestimmung in BGB §. 359 Abs. (1) — es sich auch gegenüber dem Zweitbeklagten um das Geltendmachen einer fälligen, aber bedingten Forderung handelt“ (P. törv. Eln. Tan. 20 352/1970.)

II. Feststellungsklage

5. *Das Wesen und der Fallkreis der Feststellungsklage.* In der Feststellungsklage (mit den Worten des Gesetzes: „auf Feststellung gerichtete Klage“) beantragt der Kläger beim Gericht, dass es das Bestehen, bzw. Nichtbestehen (Fehlen) einer Tatsache, eines Rechtes oder Rechtsverhältnisses feststellt (im Urteil ausspricht). So ist also die Feststellungsklage nicht auf eine Leistung gerichtet, sondern allein auf die Klärung dessen zwischen den Parteien, ob die bestrittene Tatsache, das Recht oder Rechtsverhältnis besteht.

Diese Klagen können nach ihrem Inhalt in zwei Gruppen eingeteilt werden.

Die *positiven* Feststellungsklagen sind auf die gerichtliche Feststellung des *Bestehens* einer Tatsache, eines Rechtes oder Rechtsverhältnisses gerichtet. Eine solche Klage kann z. B. der Erfinder, der Neuerer oder der Verfasser zwecks Feststellung des Urheberschaft im Zusammenhang mit der Erfindung, der Neuerung, bzw. dem an Urheberrechtsschutz teilhabenden Werk einreichen [Ges. II: 1969 §. 7 Abs. (3), Regierungsverordnung Nr. 57/1967. (XII. 19.) Korm. §. 13. Abs. (4), Ges. III: 1969 §. 52 Abs. (1) Punkt a)].

In die zweite Gruppe gehören die *negativen* Feststellungsklagen. Solche sind z. B. eine Klage zwecks Feststellung der Ungültigkeit eines Vertrages. Die negative Feststellungsklage ist auf die gerichtliche Feststellung des *Nichtbestehens* einer Tatsache, eines Rechtes oder Rechtsverhältnisses gerichtet.

Die Regel in ZPO §. 159 Abs. (2) ermöglicht das Einreichen einer besonderen negativen Feststellungsklage: wenn die erste Verhandlung des Prozesses seitens des Klägers versäumt wurde, kann der Beklagte — abgesehen von den Ausnahmen in Abs. (1) — zugleich mit dem Antrag der Einstellung des Prozesses eine Widerklage gegen den Kläger wegen Feststellung dessen einreichen, dass das in der Klage geltendgemachte Recht dem Kläger nicht zukommt (negative Feststellungswiderklage). Eine der Bedingungen der Einleitung einer Feststellungsklage, die Notwendigkeit des Rechtsschutzes (s. Punkt 7), ergibt sich in diesem Falle aus der Tatsache der Einleitung der Klage seitens des Klägers.

6. *Bedingungen der Feststellungsklage.* Das Einleiten einer Feststellungsklage hat zwei besondere Bedingungen:

a) *Die Notwendigkeit des Rechtsschutzes* („die bestrittene Feststellung ist wegen Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig“ — ZPO §. 123) als positive Bedingung;

b) *Ausgeschlossenheit der Forderung einer Leistung* („der Kläger kann wegen der Natur des Rechtsverhältnisses oder wegen Fehlens der Fälligkeit der Verpflichtung oder aus irgendeinem anderen Grunde keine Leistung fordern“ — ebenda) als eine Bedingung mit negativem Charakter.

Die beiden Bedingungen haben eine konjunktive Natur, d. h. beide müssen beim Einleiten einer Feststellungsklage vorhanden sein. Jenes Element der Bedingung b), das auf die Fälligkeit der Verpflichtung hinweist,

beruht auf Zweckmässigkeits- und auf prozessökonomischen Überlegungen: es soll jener Kläger, der schon Recht auf mehr (Leistungsforderung) hat, nicht weniger (nur Feststellung) fordern können; im letzteren Fall muss der Kläger schon eine Leistungsklage einleiten.

Gemäss dem in der Gerichtspraxis entsprechend dem Gesetz befestigten Standpunkt kann bei Fehlen der genannten Bedingungen keine Feststellungsklage eingeleitet werden.

Folgender Berufungsbeschluss des Obersten Gerichtshofes hebt z. B. die Notwendigkeit der prüfung von amtswegen des gemeinsamen Bestehens beider Bedingungen hervor.

„Das Gericht muss in einem Feststellungsprozess auch von amtswegen das Bestehen der gesetzlichen Bedingungen prüfen. Die Einleitung einer Feststellungsklage hat also – laut der Bestimmung in ZPO §. 123 – zwei besondere Bedingungen. Einerseits die Notwendigkeit des Rechtsschutzes – die beantragte Feststellung muss wegen Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig sein –, andererseits die Aussgeschlossenheit der Forderung der Leistung, dass nämlich der Kläger infolge der Natur des Rechtsverhältnisses oder Fehlens der Fälligkeit der Verpflichtung oder aus einem anderen Grund keine Leistung fordern kann. Bei einer Feststellungsklage müssen beide Bedingungen gemeinsam vorhanden sein. Diese Bestimmung der Rechtsregel beruht auf jener Zweckmässigkeits- und prozessökonomischer Überlegung, dass ein Kläger nicht weniger (Feststellung) fordern soll, dessen Anspruch schon auf mehr (Leistung) geltend gemacht werden kann und ein Rechtsstreit aus demselben Rechtsverhältnis womöglich in Rahmen eines Prozesses entschieden wird“ (Pf. III. 21 067/1970.).

7. *Notwendigkeit des Rechtsschutzes.* Das Fehlen dieser Bedingung verhindert schon allein die Einleitung einer Feststellungsklage; besteht sie aber, so kann eine Feststellungsklage stattfinden.

Eine Gesetzlichkeitsentscheidung des Obersten Gerichtshofes besagt:

„Zwischen den Prozessparteien ist bezüglich der Deutung des Punkt 9 des Vertrages ein Rechtsstreit aufgetaucht. Da die Beklagten den Klageanspruch des Klägers ausgesprochen bestritten haben, hängt von der richtigen – auch Punkt 8 umfassenden Deutung des Vertrages ab, wen die staatliche wirtschaftliche Behörde zur Durchführung der Arbeiten verpflichtet hat – ob die Durchführung und die Kostentragung des Anschlusses des Wasserrohrs auf Vertragsbasis in ihrem Verhältnis untereinander den Kläger (und seine Miteigentümer) oder aber die Beklagten belastet.

Im Laufe des aufgetauchten Rechtsstreites bleiben die Prozessparteien mangels einer gerichtlichen Deutung hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit dem Wasserrohranschluss trotz des durchgeführten Prozesses in Unsicherheit, folglich kann der Kläger nicht mit Sicherheit wissen, ob er die Durchführung der vorgeschriebenen Arbeiten, bzw. die Tragung ihrer Kosten rechtmässig auf die Beklagte

überwälzen kann. Daraus folgt, dass die beantragte gerichtliche Feststellung zwecks Wahrung der eventuellen Rechte des Klägers gegenüber den Beklagten als notwendig anerkannt werden muss" (P. törv. II. 21 038/1970.).

Es kann kein Feststellungsprozess bezüglich eines Schadenersatzes für einen in der Zukunft eintreffenden Schaden gefordert werden. Der Oberste Gerichtshof hat das in einem konkreten Prozess folgenderweise begründet. Das Gericht I. Instanz hat die Beklagten vom 1. Januar 1964 angefangen zum Ersatz eines in der Zukunft eintreffender Schadens mit der Begründung verpflichtet, dass das nur eine Feststellungsbestimmung ist. Das ist aber unrichtig. Die Verpflichtung zu einem Schadenersatz kann nur im Falle eines tatsächlich eingetrossenen Schadens stattfinden, als der Schaden schon betragsmässig feststellbar ist. Laut ZPO §. 123 kann aber eine auf Feststellung gerichtete Klage und eine entsprechende Urteilsbestimmung nur im Falle der in der Rechtsnorm genau festgelegten Bedingungen stattfinden. Diese Bedingungen sind im gegebenen Fall nicht vorhanden. Übrigens kann die Verpflichtung zum Ersatz eines in der Zukunft eintretenden Schadens schon deshalb nicht stattfinden, weil das Mass des Schadens sich ändern kann und es mit Sicherheit im voraus nicht bestimmt werden kann (Pf. IV. 21 132/1964/21).

Auch dann kann keine Feststellungsklage eingereicht werden, wenn die beantragte Feststellung nicht in *gerichtliche Kompetenz* gehört. Eine Gesetzlichkeitsentscheidung besagt:

„Das im Prozess vorgehende Gericht hat eine Gesetzverletzung begangen, als es in dieser Sache die Bestimmungen der Regierungsverordnung 1/1971. (I. 19.) Korm. und der Verordnung Nr. 2/1972. (I. 19.) ÉVM angewandt und die Klage des Klägers mit der Begründung zurückgewiesen hat, dass der Kläger auf die Prozessräumlichkeit nur dann Anspruch erheben kann, wenn er für den Beklagten ein Tauschobjekt sicher.

Die obigen Rechtsregeln hätten nämlich vom Gericht nur dann angewandt werden können, wenn sich die Klage des Klägers auf die Feststellung der Gültigkeit der Kündigung gerichtet gewesen wäre. Der Kläger beantragte aber dessen Feststellung, dass die vom Beklagten gemieteten Räumlichkeiten Wohnräume waren, der diesbezüglich zustandegekommene Mietsvertrag laut Verordnung 1/1971. (II. 8.) Korm. §. 128 Abs. (1) am Tage des Inkrafttretens der Verordnung aufgehört hat. Der Kläger bezweckte offensichtlich mit dieser Feststellungsklage, dass er auf dieser Grundlage bei der Wohnungsbehörde im Sinn der obengenannten Verordnung die Räumung der Wohnung beantragen kann. Der Kläger beantragte also nicht unter Bezugnahme auf einen Kündigungsgrund die klagegemässe Feststellung, sondern er wollte die obige Vorfrage, das Aufhören des Mietsvertrages durch ein Urteil feststellen. Eine solche Feststellungsklage kann nicht stattfinden, weil diese Feststellung in die Zuständigkeit der zur Verordnung der Räumung berechtigten Behörde, der Wohnungsbehörde fällt, und im Rahmen dieses Verfahrens muss alles geklärt werden, das zur Anwendung und

zum Geltendmachen der obenerwähnten Rechtsregel notwendig ist“ (P. törv. II. 21 288/1972.).

Ähnlicherweise kann auch dann keine Feststellungsklage eingeleitet werden, wenn die Notwendigkeit des Rechtsschutzes nicht gegenüber dem Beklagten, sondern gegenüber einer im Prozess nicht beteiligten dritten Person besteht, Dementsprechend stellt der Oberste Gerichtshof fest:

„Ein auf Feststellung gerichteter Klageantrag gemäss ZPO §. 123 kann – auch bei Vorhandensein der übrigen Bedingungen – nur dann stattfinden, wenn die beantragte Feststellung zur Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig ist.

Das Ziel der vom Kläger beantragten Feststellung ist, dass er seinen Pensionsanspruch vor den zuständigen Organen der Jugoslawischen Sozialistischen Föderativen Republik geltend machen kann, d. h. die mit der Klage beabsichtigte Rechtswahrung ist nicht gegenüber dem Beklagten, sondern in Richtung einer ausserhalb des Prozesses stehenden dritten Person notwendig. ZPO §. 123 ermöglicht aber die Einleitung einer Feststellungsklage nur zur Wahrung der Rechte gegenüber dem im Prozess teilnehmenden Beklagten. Da im gegebenen Fall eine in der Rechtsnorm festgelegte wesentliche Voraussetzung der Einleitung der Feststellungsklage fehlt, verletzte das Gericht II. Instanz das Gesetz, als es durch teilweise Änderung des erstinstanzlichen Urteils der Feststellungsklage teilweise stattgegeben hat“ (P. törv. III. 20 559/1972.).

8. *Ausgeschlossenheit der Forderung einer Leistung.* Die Möglichkeit der Einreichung einer auf Leistung gerichteten Klage ist auch häufig der Grund der Abweisung einer auf Feststellung gerichteten Klage.

Der Titel einer im Amtsblatt „Bíróági Határozatok“ mitgeteilten Gesetzlichkeitsentscheidung besagt: „Die Möglichkeit einer Feststellungsklage – auch bei Vorhandensein der übrigen Bedingungen, – besteht nur dann, wenn der Kläger keine Leistung fordern kann (ZPO §. 123, PK 364.).“ Die Begründung führt aus: „Das rechtskräftige Urteil beschränkte sich nur auf Feststellung, obwohl der Ablösungsbetrag im Zeitpunkt des Eigentumsrechtes auf die Produktionsgenossenschaft sofort fällig wurde und so wäre auch die Möglichkeit eines auf Leistung gerichteten Urteils gegeben gewesen.

Die in der Sache vorgehenden Gerichte haben versäumt, darüber die Prozessparteien, insbesondere die Kläger zu unterrichten, dass eine Feststellungsklage auch bei Vorhandensein der übrigen Bedingungen nur dann möglich ist, wenn der Kläger keine Leistung fordern kann (ZPO §. 123 zweiter Satz). Die Tatsache, dass die Zahlung des Ablösungsbetrags gemäss der Bestimmung der Rechtsnorm in bestimmten Raten erfolgt, ermöglicht im Falle eines entsprechenden Klageantrags das Erbringen eines auf Leistung gerichteten Beschlusses. Im neuen Verfahren muss auf alldies die Aufmerksamkeit der Kläger gerichtet werden (ZPO §. 3)“ (P. törv. I. 21 214/1970.).

Eine andere Gesetzlichkeitsentscheidung – in einem *Arbeitsrechtsstreit* – beruft sich ebenfalls auf die genannte These:

„Der Antrag des Klägers war ausschliesslich darauf gerichtet, dass der verstorbene Ehemann einen Betriebsunfall erlitten hatte. Der Kläger beantragte die Verurteilung des Beklagten zur Zahlung einer Entschädigung trotzdem nicht, dass seit dem Tode des Ehemannes bis zum Urteil beinahe 9 Monate vergangen sind und wenn ein Schaden entstanden ist, der Kläger den Schaden schon hätte ermessen können.

Die Feststellungsklage hat zwei Bedingungen: einerseits die Notwendigkeit des Rechtsschutzes, d. h. dass die beantragte Feststellung wegen Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig ist, andererseits aber die Ausgeschlossenheit der Forderung einer Leistung, wenn nämlich der Kläger infolge der Natur des Rechtsverhältnisses, des Fehlens der Fälligkeit der Verpflichtung oder aus einem anderen Grunde keine Leistung fordern kann. Die beiden Bedingungen haben einen konjunktiven Charakter, d. h. beide müssen gemeinsam und gleichzeitig bestehen. Demgemäss hätte das Kreisgericht bemerken müssen, dass der Kläger die auf Feststellung gerichtete Klage, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen zu beweisen, eingereicht hatte. Der Kläger hat nämlich die Möglichkeit gehabt, dass er auch betragsmässig seinen Schaden infolge des von ihm als Betriebsunfall bezeichneten Unfalls – wenn so ein Schaden entstanden ist – angibt und eine Leistung fordert. Mangels dessen hätte der Antrag des Klägers abgewiesen werden sollen“ (P. törv. III. 20 071/1970.).

Ein weiteres Beispiel aus dem Kreise der Rechtsstreite in Zusammenhang mit dem *Eigentum*:

„Die gegen das Urteil erhobene Gesetzlichkeitsverwahrung ist begründet. Ein auf Feststellung gerichteter Klageantrag kann nur dann stattfinden, wenn die beantragte Feststellung wegen Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig ist, und der Kläger infolge der Natur des Rechtsverhältnisses oder wegen Fehlens der Fälligkeit der Verpflichtung oder aus irgendeinem anderen Grunde eine Leistung nicht beanspruchen kann (ZPO §. 123)...

Der Kläger begründet seine Klage auf den Umstand, dass er das auf gemeinsamen Grund erbaute Haus allein gebaut hat. Das Eigentumsrecht des Gebäudes kommt – abgesehen von den in BGB §. 97 Abs. (2) geschriebenen Ausnahmen – dem Grundeigentümer (den Grundeigentümern) zu. Da aber der Kläger nicht bewiesen hatte, dass er mit den Miteigentümern eine solche Vereinbarung getroffen hätte noch vor Beendigung des Baus, wonach er das ausschliessliche Eigentumsrecht des Gebäudes erwirbt, entstand aufgrund der in BGB §. 97 Abs. (1) aufgenommenen Bestimmungen auch den Beklagten ein Eigentumsanspruch auf das bestrittene Haus, und das auf dem in ideellem gemeinsamem Eigentum der Parteien befindliche Haus ist auch als gemeinsames Eigentum zu betrachten.

Es ist also gesetzverletzend jener rechtliche Standpunkt des Kreisgerichtes, dass der Eigentümer des ideellen 7/24 Anteils der bestrittenen Liegenschaft (der Kläger) dadurch, dass er auf dem gemeinsamen Grund auf eigene Kosten allein ein Gebäude errichtet hat, das Eigentumsrecht

des Gebäudes allein erwarb. Infolge der Natur des Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien hätte auch sonst nicht festgestellt werden können, dass der Kläger keine auf Leistung gerichtete Forderung geltend machen kann. Eben zwecks Wahrung der Rechte des Klägers ist es notwendig, dass er durch Einreichung einer auf Leistung gerichteten Klage den Abschluss seines Eigentumsanspruchs und die endgültige Regelung der strittigen Eigentumsfragen sichert. So erbrachte das Kreisgericht mit Verletzung der in ZPO §. 123 geschriebenen verfahrensrechtlichen Bestimmungen seine Urteilsentscheidung" (P. törv. I. 20 408/1968.).

9. *Klagehäufung in Zusammenhang mit einer Feststellung.* Im allgemeinen ist kein grundsätzliches Hindernis vorhanden, dass der Kläger konkurrierende Klagen wegen einer Leistung, bzw. — im Falle des Ausfallens des diebezüglichen Antrags — wegen Feststellung vorlegt. Das kann aber auch nur eine scheinbare *Klagehäufung* sein, weil neben einem auf Leistung gerichteten Antrag ein auf Feststellung gerichteter Klageantrag nur *bedingt* eingereicht werden kann. Eine Ausnahme bildet eine Klage wegen Feststellung der Verrechnungspflicht oder der Richtigkeit der Verrechnung, bei der der Kläger für den Fall der Versäumung der Vorlegung der Verrechnung im Werte des aufgerechneten Betrags, bzw. des nicht ausgeglichenen Restes zugleich auch Leistungsklage einreichen kann.

Eine Gesetzmäßigkeitsentscheidung stellt fest:

„Jener Standpunkt des Gerichtes II. Instanz ist irrtümlich und gesetzverletzend, dass unter Beachtung der Bestimmungen in ZPO §. 123 das Ausfallen des auf Leistung gerichteten Klageantrags die Möglichkeit des Einreichens einer auf Feststellung gerichteten Klage ausschloss.

Der Kläger hat drei verschiedene Klageanträge gestellt. Einerseits beantragte er die authentische Feststellung dessen, wo sich die richtige Grenzlinie zwischen den Liegenschaften befindet, andererseits beantragte er, die Beklagten zu verpflichten, dass sie die vom Kläger als sein Eigentum betrachtete Fläche von 150 Klafter in seinen Besitz zurückgeben. Schliesslich behauptete er, dass die Beklagten von der beanspruchten Fläche im Jahre 1969 den von ihm gepflanzten Mais eingeerntet haben, deshalb beantragte er, die Beklagten auch zur Bezahlung des Gegenwertes der Ernte zu verpflichten.

Das Gericht I. Instanz ist richtig verfahren, als es feststellte, wo die vom Kläger bestrittene Flurgrenze verläuft, und demzufolge lehnte es die weiteren Klageanträge des Klägers, die auf einer irrtümlichen Annahme begründet waren, ab.

Im gegebenen Fall konnte ein auf die Feststellung der tatsächlichen Flurgrenze gerichteter Klageantrag stattfinden, weil die Begründetheit oder Unbegründetheit der weiteren Ansprüche des Klägers von dessen Feststellung abhängig war.

Der Kläger erhob also miteinander zusammenhängende Klageansprüche, die voneinander mit Hinweis auf ZPO §. 123 nicht getrennt werden konnten. Das Gericht II. Instanz irrte sich also, als es sich auf

einem entgegengesetzten Standpunkt stellte und den Klageantrag des Klägers bezüglich der Feststellung der Flurgrenze ablehnte“ (P. törv. I. 20 437/1971.)

Eine wirkliche Klagehäufung kann aber in einem solchen Fall nicht vorkommen. Auch das Gericht kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, dass – im Falle der Möglichkeit der Forderung einer Leistung – ein besonderer Feststellungsklageantrag vorgelegt werde. Natürlich bildet auch hier eine auf Feststellung der Verrechnungspflicht oder der Richtigkeit der Verrechnung gerichtete Klage eine Ausnahme, wobei der Kläger auch eine Leistungsklage wegen des für den Fall der Versäumnis der Vorlegung der Verrechnung aufgerechneten Betrags, bzw. im Werte des nicht ausgeglichenen Restes einreichen kann. Diese These bildet den Kern folgender Gesetzlichkeitsentscheidung:

„Die Weisung des zweitinstanzlichen Gerichtes in dem ausserkraftsetzenden Beschluss bezüglich der erforderlichen Einreichung eines auf Feststellung gerichteten Klageantrags verletzt die verfahrensrechtlichen Grundsätze und die in ZPO §. 123 Abs. (2) geschriebenen Bestimmungen. Laut ZPO §. 123 Abs. (2) kann nämlich ein auf Feststellung gerichteter Klageantrag (positiver oder negativer) bei Vorhandensein der übrigen Bedingungen nur dann gestellt werden, wenn die Forderung der Leistung aus irgendeinem Grunde ausgeschlossen ist. Hinsichtlich der Vorfrage des bestrittenen Rechtes kann also keine auf Feststellung gerichtete Klage eingereicht werden in dem Fall, wenn die Leistung – wie auch in diesem Fall – schon gefordert werden kann.

Der Kläger fordert in seiner Klage eine fällig gewordene Garage-Gebrauchsgebühr, d.h. eine Leistung vom Beklagten. Das schliesst aber aus, dass zwecks Klärung der Rechts- und Tatsachenfragen, die als Grundlage der Zahlungspflicht der Gebrauchsgebühr dienen, ein besonderer Feststellungsprozess eingeleitet wird. Dementsprechend hätte das zweitinstanzliche Gericht aufgrund der Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil im Rahmen des Berufungsantrags und Gegenantrags das Urteil I. Instanz überprüfen sollen. Die Grundlage der meritorischen Beurteilung ist tatsächlich die umsichtliche Klärung der Tatsache, ob die Garage zum Mietobjekt des Beklagten gehört, oder nicht. Zu diesem Zweck ist aber ein besonderer Feststellungsprozess nicht erforderlich; das Gericht muss aufgrund der Beweisführung im Prozess in der Frage entscheiden, ob die Garage-Gebrauchsgebühr dem Kläger zukommt“ (P. törv. II. 10 956/1970.).

Es ergibt eine der *Prozessanhängigkeit ähnliche* Lage, wenn während eines auf Feststellung gerichteten Prozesses der Kläger gegen den Beklagten eine Leistungsklage einleitet. Die zwei Prozesse können nicht gleichzeitig laufen. Das Ergebnis wird aber das *Umgekehrte* des üblichen Prozessanhängigkeitsfalles sein – in gewissem Sinn: die zuerst eingeleitete Feststellungsklage wird überholt (und muss natürlich abgewiesen werden), wenn es sich herausstellt, dass der Kläger ein tatsächliches oder vermutetes Recht hat, eine Leistung zu fordern. Ein Beispiel dafür aus der Gerichtspraxis:

„Der Klageantrag des Klägers war ausschliesslich auf dessen Feststellung gerichtet, ob er infolge der Arbeitsgeberverantwortung des Beklagten einen Schadenersatz beanspruchen kann. Es tauchte aber ein Beweis auf, dass der Kläger inzwischen beim Pester Zentralen Kreisgericht unter Nr. P. 88 458/1967. einen auf Leistung gerichteten Klageantrag gegen den Beklagten eingereicht hat.

Zur Einleitung einer Feststellungsklage sind zwei spezielle Bedingungen erforderlich: die Notwendigkeit des Rechtsschutzes, d. h. dass die beantragte Feststellung wegen Wahrung der Rechte des Klägers gegenüber dem Beklagten notwendig ist; andererseits die Ausgeschlossenheit der Forderung einer Leistung, als nämlich der Kläger wegen der Natur des Rechtsverhältnisses, oder wegen Fehlens der Fälligkeit der Verpflichtung, oder aus irgendeinem anderem Grund keine Leistung fordern kann. Die beiden Bedingungen haben einen konjunktiven Charakter, d. h. bei der Einleitung des Klageantrags müssen beide gleichzeitig und gemeinsam bestehen. So haben die Gerichte beider Instanzen durch die Verletzung der Rechtsnorm dessen eingehende Untersuchung unterlassen, inwiefern die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen der Feststellungsklage des Klägers vorhanden sind“ (P. törv. 20 327/1968.).

10. *Feststellungsklage in einem Wirtschaftsprozess.* Da die Regeln der ZPO §. 123 auch in Wirtschaftsprozessen massgebend sind [s. ZPO §. 365. Abs (3)], kann eine Feststellungsklage auch in Rechtsstreiten von sozialistischen Organisationen untereinander stattfinden.

Die Stellungnahme Nr. 6 des Wirtschaftskollegiums des Obersten Gerichtshofes weist auf einen dieser Fälle hin: „Es kann vorkommen, dass die Parteien hinsichtlich des Zustandekommens des Vertrages in Unsicherheit sind. Es besteht kein Hindernis, dass die eine Partei in einem solchen Fall wegen dessen Feststellung, ob ein Liefervertrag zustandegekommen ist – falls die in ZPO §. 123 bestimmten Bedingungen vorhanden sind – eine Klage einreicht. Im Falle einer solchen Klage kann zwar das Gericht den Vertrag nicht zustandebringen, aber feststellen, ob aufgrund der Erklärungen der Parteien ein Vertrag und mit welchem Inhalt zustandegekommen ist“

Die auf Feststellung der Verpflichtung einen Vertrag zu schliessen gerichteten Klagen – die von den eigentlichen Vertragssachen abzugrenzen sind (eingehender s. GKT Stellungnahme Nr. 26/1973 weiter unten in Punkt 13) – gehören ebenfalls in diesen Kreis.

11. *Rechenschaftsklagen.* Die Untersuchung der zur Einleitung der Feststellungsklagen erforderlichen besonderen Bedingungen ist bei einer Klage wegen Feststellung der Verrechnungspflicht nicht erforderlich, in der der Kläger gleichzeitig die Feststellung der Richtigkeit der von ihm vorgelegten Verrechnung beantragen kann (ZPO §. 123 erster Satz).

Eine Verrechnungspflicht belastet im allgemeinen jene Partei, die ein in fremdem Eigentum stehendes, bzw. gemeinsames Vermögen (Vermögensobjekt) verwaltet [z. B. den Beauftragten gegenüber dem

Auftraggeber — BGB §. 479 Abs. (2), den Faustpfandberechtigten gegenüber dem Eigentümer — BGB §. 259 Abs. (3), den Rechtsanwalt gegenüber dem Klienten — RO §.12). Ebenso belastet eine Verrechnungspflicht gemäss dem Familiengesetzbuch den Vormund (§. 103 Abs. (4), §. 109]. In gewissen Fällen schliesst das Gesetz die Verrechnungspflicht des Vermögensverwalters aus (die Eltern verwalten z. B. ohne Verrechnungspflicht das Vermögen ihrer Kinder und sie müssen sogar vom Bestand des Vermögens erst nach Aufhören der Verwaltung Rechenschaft ablegen — FGB §. 81 Abs. (1).

Die üblichen Arten der Rechenschaftsklagen sind:

a) Eine Klage zwecks Feststellung der *Verrechnungspflicht*. Diese ist — in ihrer ursprünglichen Form — eine reine Feststellungsklage, deren Subjekt die die Verrechnung fordernde Partei ist. Im Klagebrief ist der für den Fall der Versäumnis der Vorlegung der Verrechnung aufgerechneter Betrag anzugeben. Für den letzteren kann der Kläger — falls dieser Betrag zu seinem Gunsten besteht — einen Leistungsantrag stellen.

b) Klage zwecks Feststellung der *Richtigkeit* der Verrechnung. Auch diese Klage ist meistens eine Feststellungsklage, obwohl sie mit einer Leistungsklage bezüglich des nicht ausgeglichenen Restes der Verrechnung verbunden werden kann. Wegen Feststellung der Richtigkeit der Verrechnung kann sowohl die die Verrechnung fordernde, als auch die dazu verpflichtete Partei eine Klage einleiten.

c) Eine zwecks Feststellung der *Verrechnungspflicht* und Feststellung der *Richtigkeit* der vorgelegten Verrechnung seitens des Klägers *gemeinsam* eingeleitete Klage. Das Subjekt (der Kläger) dieser konkurrierenden Klage kann nur die die Verrechnung fordernde Partei sein. Auch diese Klage kann mit einem Leistungsantrag verbunden werden.

Der Wert des Prozessgegenstandes ist in einem wegen Feststellung der Verrechnungspflicht eingeleiteten Prozess der vom Kläger für den Fall der Versäumnis der Vorlegung der Verrechnung aufgerechnete Betrag; in einem Prozess wegen Feststellung der Richtigkeit der Verrechnung eingeleiteten Prozess von dem Betrag der bestrittenen Forderungen (Schulden) der grössere Betrag [ZPO §. 24 Abs. (2) Punkt d)].

III. Gestaltungsklage

12. *Das Wesen und der Fallkreis der Gestaltungsklage.* Auf dem Wege einer Gestaltungsklage (konstitutiven Klage) beantragt der Kläger die Gründung eines Rechtsverhältnisses, bzw. die Änderung oder Aufhebung eines bestehenden Rechtsverhältnisses beim Gericht.

Von diesem Kreis ist die bekannteste die Klage wegen Ehescheidung, die sich auf die *Aufhebung* des Eheverhältnisses richtet. Ähnlich verhält es sich bei den Klagen wegen Aufhebung der

elterlichen Aufsicht, der Auflösung der Adoption, der Aufhebung der Vermögensgemeinschaft, usw.

Zu einer *Änderung* des bestehenden Rechtsverhältnisses kann eine Klage wegen Einschränkung des Nutziessrechtes der Gatten, der Erhöhung der Rente oder des Unterhaltsbetrages, bzw. wegen dessen Herabsetzung, führen.

Gemäss einer allgemeinen Regel des BGB kann das Gericht den *Vertrag ändern*, wenn der Vertrag in einem *dauerhaften* Rechtsverhältnis der Parteien infolge eines nach Abschluss des Vertrags eingetretenen Umstandes ein *wesentliches berechtigtes Interesse* einer Partei verletzt (BGB §. 241). Mit dieser letzteren allgemeinen These ist die Verordnung des Ministerrates Nr. 35/1973. (XII. 24.) MT §. 3 über die Modifizierung bzw. Ergänzung der Regierungsverordnung Nr. 10/1966. (II. 14.) Korm. über die Lieferverträge verbunden, die §. 24 der Grundverordnung mit folgendem neuem Abs. (2) ergänzt hat: „(2) Das Gericht kann auch ausserhalb der Verpflichtung des Abschlusses eines Vertrages den Vertrag ändern, wenn im Rechtsverhältnis der Parteien nach Abschluss des Vertrages ein solcher Umstand eingetreten ist, der ein wesentliches berechtigtes Interesse einer Partei verletzt. Der vertraglich festgesetzte Preis kann auch vom Gericht nur im Falle der in §. 22 Abs. (2) festgelegten Bedingungen erhöht werden.“ (Siehe auch die Stellungnahme der Senatspräsidentenkonferenz des Wirtschaftskollegiums des Obersten Gerichtshofes Nr. 26/1973., zitiert weiter unter in Punkt 13.)

Auf die Begründung eines *neuen Rechtsverhältnisses* ist z. B. eine Klage wegen Erteilung einer Zwangspatentgenehmigung [Ges. II: 1969. §. 21 und §. 66 Abs. (1)] oder gegen den Rechtsnachfolger des Urhebers wegen Erteilung der Zustimmung zur weiteren Verwendung eines schon publizierten Werkes [Ges. III: 1969. §. 24 Abs. (1)] gerichtet.

Es ist übrigens eine allgemeine Regel, dass wegen Gestaltung nur dann eine Klage eingeleitet werden kann, wenn die Rechtsnorm es ausgesprochen zulässt.

13. *Gestaltungsklage in einem Wirtschaftsprozess.* Infolge der in Punkt 10 erwähnten Regel kann auch in den Rechtsstreiten sozialistischer Organisationen untereinander die Reihe an Gestaltungsklagen kommen.

Mit Hinsicht auf diese Möglichkeit erbrachte die Senatspräsidentenkonferenz des Wirtschaftskollegiums des Obersten Gerichtshofes die Stellungnahme Nr. 26/1973., deren Titeltext besagt: „Mit dem rechtskräftigen Beschluss des Gerichtes, womit es einer wegen Abschluss, Änderung, Aufhebung oder Ausserkraftsetzung des Vertrages vorgelegten Klage stattgibt, wird der Vertrag – ohne weitere Rechtshandlung der Parteien – zustandegebracht, geändert bzw. aufgehoben.“ Ich zitiere die Begründung der Stellungnahme infolge ihrer Wichtigkeit und des zahlreiche Bezüge unseres Themas berührenden Charakters -- in vollem Text:

„Laut Verordnung 10/1966. (II. 14.) Korm. §. 6 kommt ein Liefervertrag im allgemeinen durch Vereinbarung zwischen den Parteien zustande. Die Art des Zustandekommens des Vertrages ist in §. 9 der Verordnung ausführlich mitgeteilt.

Ähnlicherweise besagt auch Verordnung Nr. 44/1967. (XI. 5.) Korm. §. 3, dass der Vertrag durch gegenseitige und übereinstimmende Willensäußerung der Parteien zustandekommt. Zum Zustandekommen des Vertrages ist eine Vereinbarung der Parteien über die wesentlichen, oder von einer der Parteien als wesentlich betrachteten Fragen notwendig. Sie müssen über die Fragen keine Vereinbarung treffen, die durch Rechtsnorm, bzw. durch die Grundbedingungen geregelt sind [BGB §. 207 Abs. (1) und (2)].

Laut beider Verordnungen ist aber das Zustandekommen des Vertrages auf Gerichtswege möglich, wenn die Vertragserklärungen der Parteien voneinander abweichen und so zwischen ihnen keine Vereinbarung zustandekommt; ebenso ist ferner in gewissen Fällen auch die Änderung, die Auflösung oder Aufhebung des Vertrages durch das Gericht zugelassen. Eine solche Möglichkeit besteht hauptsächlich im Falle des Kontrahierungszwanges und der Anerkennung des Gerichtsstandes [Verordnung Nr. 10/1966. (II. 14.) Korm. §§. 13, 17 und 24, ferner 44/1967. (XI. 5.) Korm. §§ 5, 6 und 34], aber es kann – in wesentlich engerem Kreis – auch in anderen in der Rechtsnorm festgelegten Fällen stattfinden (z.B. BGB §. 241).

Über die Vertragsrechtsstreite verfügt in verfahrensrechtlicher Hinsicht ZPO §. 365 Abs. (1) Punkt a).

Es ist jene Frage zu entscheiden, was für einen Charakter in solchen Prozessen erbrachte Gerichtsbeschlüsse haben, welche Rechtsfolgen damit verbunden sind und ob es notwendig ist, dass die Parteien nach der Fällung des Beschlusses den Vertrag noch besonders abschliessen, ändern oder aufheben.

Vor allem ist danach zu unterscheiden, worauf der Klageantrag gerichtet ist. Verlangt der Kläger in der Klage nur die Feststellung des Kontrahierungszwanges, die Verpflichtung des Beklagten zum Abschluss des Vertrages aber nicht, so gehört der Prozess eigentlich nicht zu den Vertragssachen, weil dessen Gegenstand nur eine Feststellung ist. Ein Urteil in einem solchen Prozess (ZPO §. 123) bringt den Vertrag nicht zustande, hat keinen konstitutiven Charakter, nach Fällung des Urteils müssen die Parteien im entsprechenden Fall über die Vertragsbedingungen übereinkommen, sie müssen einen Vertrag schliessen. Es ist möglich, dass dabei ein neues Gerichtsverfahren erforderlich wird. In gegebenem Fall kann, um das zu vermeiden, das Gericht die Aufmerksamkeit des Klägers auf die Möglichkeit der Ergänzung oder Änderung der Klage wenden, darauf, dass der Kläger nicht nur die Feststellung des Kontrahierungszwanges, sondern auch das Zustandekommen des Vertrages beantragen kann.

Es verhält sich ähnlich, wenn der Kläger nur dessen Feststellung beantragt, dass der Vertrag infolge einer früheren Erklärung oder Tat-

sache schon zustandegekommen ist oder nicht zustandegekommen ist. Auch ein solcher Prozess ist keine Vertragssache — obwohl das Verfahren hinsichtlich der Gebühr in der Praxis ebenso, wie die Vertrags-sachen beurteilt wird —, und das erbrachte Urteil hat auch nur einen deklarativen Charakter.

Verlangt aber der Kläger, dass der Beklagte zum Abschliessen des Vertrages verpflichtet wird und das Gericht der Klage stattgibt, kommt mit dem Urteil der Vertrag zustande. In einem solchen Fall ersetzt das Urteil des Gerichtes den Willen der Parteien und danach ist es nicht mehr erforderlich, dass der Vertrag noch besonders abgeschlossen wird, wenn auch dazu die Möglichkeit besteht. Ein solches Urteil hat also einen konstitutiven Charakter.

Zu einem konstitutiven Urteil kann unabhängig von dem Kontrahierungszwang die Reihe kommen. Bei Fehlen des Kontrahierungszwanges ist aber die Voraussetzung des Gerichtsverfahrens und der Beschlussfassung, dass sich die Parteien durch eine gemeinsame Vereinbarung an das Gericht wenden (Vereinbarung über den Gerichtsstand). In diesem Kreis ist es sogar möglich, dass die Parteien nur die Entscheidung einzelner strittiger Fragen beantragen. In diesem Fall geht das Gericht nicht über den Klageantrag hinaus und das Recht der konstitutiven Beschlussfassung ist allein auf die in der Klage angegebenen Fragen beschränkt.

Im Rahmen des Produktenverkehrs kann das Gericht laut Regierungsverordnung Nr. 25/1967. (VIII. 20.) Korm. §. 10 Abs. (1) im Falle der Unterbrechung der schon seit längerer Zeit bestehenden Produktionszusammenarbeitsverbindungen und der zu diesem Zweck dienenden Handelsbeziehungen unter Beachtung des volkswirtschaftlichen Interesses und der gerechten Interessen der Parteien auf Antrag des Bestellers den Vertrag für eine bestimmte Zeit zustandebringen. Ein solches Urteil hat ebenfalls einen konstitutiven Charakter, das oben Gesagte erstreckt sich also auch darauf. §. 10 Abs. (2) der erwähnten Verordnung berechtigt den Leiter des Aufsichtsorgans der Parteien, dass er die Parteien eine Weisung zum Anschluss des Vertrages gibt, aber dazu nicht, dass er zwischen ihnen den Vertrag zustandebringt. Wenn also eine Partei der Weisung des Aufsichtsorgans nicht genüge leistet, so muss sich die andere Partei an das Gericht wenden und dort das Zustandebringen des Vertrages beantragen.

All dies ist auch in solchen Fällen massgebend, wenn die Klage auf die Änderung, Auflösung oder Aufhebung des Vertrages gerichtet ist."

14. *Theoretische Diskussionen.* Die Einordnung der Gestaltungs-klagen als solche ist keine allgemein anerkannte Auffassung in der sozialistischen Zivilverfahrenswissenschaft. Einige sowjetische Prozessualisten (z.B. A. F. Kleinman, K. S. Judelson, A. A. Dobrovolskij) bestreiten das Bestehen der Gestaltungs-klagen (und — natürlich — auch solcher Urteile). Gemäss dem Wesen ihrer Auffassung handelt es sich auch in diesen Fällen meistens über Feststellungs- seltener über Leistungsklagen; das Gericht kann — laut ihrer Auffassung — keine Rechts-

verhältnisse gründen oder ändern, es kann sie auch nicht aufheben, sondern es kann das Eintreten der Umstände „feststellen“, bzw. es kann – im Einklang mit den vor dem Prozess entstandenen Rechtstat-sachen und aufgrund des Gesetzes – nur das Geltendmachen eines Rechtes durch Zwang aussprechen. Dabei scheint A. F. Kleinman in seinem hervorragenden Werk, in welchem er das Zivilverfahrensrecht der europäischen sozialistischen Länder mit der vergleichenden Methode bearbeitet, zur Lockerung dieser zweifellos starr und künstlich erscheinenden Konstruktion zu neigen, als er ohne Widerspruch und kritisierende Bemerkungen die Ansichten der Prozessualisten anderer sozialistischen Länder, die die Möglichkeit der Gestaltungsklagen anerkennen, mitteilt.

Die Vertreter des anderen Standpunktes (z. B. M. A. Gurvitsch) rechnen zwar mit dem Bestehen der Rechtsänderungs- und Rechtsaufhebungsklagen, aber auch sie schliessen die Möglichkeit einer rechtskonstituierenden Klage aus. Früher war auch ich – zumindest stillschweigend (indem ich nämlich unter den möglichen Ansprüchen der Gestaltungsklagen im Universitätslehrbuch „Ungarisches Zivilverfahrensrecht“ vom Jahre 1959 und „Zivilverfahrensrecht“ vom Jahre 1968 den Antrag auf das Zustandebringen eines Rechtsverhältnisses nicht erwähnt habe) dieser Ansicht. Im Laufe der Neubearbeitung der dritten Auflage dieses letztgenannten Werkes (1974) musste ich den Mangel dieser „Zweidrittel“-Auffassung einsehen: ich habe auch die dritte Art der Gestaltungsklagen, den Klageanspruch auf Rechtskonstituierung (Rechtsgründung) eingefügt. Besonders überzeugend wirkten in dieser Richtung einzelne Bestimmungen der inzwischen erschienenen (1969) Patent- und Urhebergesetze sowie die aus der mit der Gerichtsverfassungsreform von 1972–1973 durchgeführten Justizialisierung der früheren wirtschaftlichen Schiedsgerichtsbarkeit entstandenen neuartigen Ergebnisse.

Neben diesen Entwicklungen in Ungarn spielt auch ein neueres internationales Abkommen eine gewichtige Rolle, welches ein weiteres kräftiges – in internationaler Beziehung unwiderlegbar scheinendes – Argument für die Auffassung der Möglichkeit der rechtskonstituierenden Klagen liefert. Es handelt sich vom Abkommen der RGW-Länder von Moskau vom 26. Mai 1972 („Konvention über die schiedsgerichtliche Entscheidung von Zivilrechtsstreitigkeiten, die sich aus Beziehungen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit ergeben“), welches in Ungarn durch die Gesetzesverordnung 23/1973. verkündet wurde. Laut Art. III dieses Abkommens „gehören die Forderungen wegen Abschlusses eines Vertrages, bzw. wegen Verpflichtung der Annahme einzelner Vertragsbedingungen nicht in die Zuständigkeit der Schiedsgerichte“ (1. Absatz).

Die Berechtigung der *a contrario* Folgerung kann in diesem Fall nicht bestritten werden: die Ausschliessung der genannten Forderungen (Klagen) vom Schiedsgerichtswege ist eindeutig dessen Festlegung, dass solche Klagen, die sich auf Rechtskonstituierung richten, zum staat-

lichen Gerichtsweg gehören (natürlich unter der Annahme, dass eine innere staatliche Rechtsnorm es ermöglicht).

Die Zivilprozessordnungen der sozialistischen Länder enthalten übrigens keine allgemeine Bestimmung über die Gestaltungsklagen mit dem Anspruch einer Rechtskonstituierung (auch die wichtigeren bourgeoisien Gesetzbücher enthalten keine). Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet in dieser Beziehung die neue (am 1. Januar 1976 in Kraft getretene) Zivilprozessordnung der DDR, die — neben den beiden anderen Gestaltungsklagearten — ausdrücklich ermöglicht, dass ein Klageantrag wegen Konstituierung eines Rechtsverhältnisses gestellt wird, „soweit dies in Rechtsvorschriften vorgesehen ist“ (§. 10 Abs. (1) Punkt 2).

Ähnliche Bestimmungen der Rechtsnormen können — *faute de mieux* — (d. h. wenn die theoretischen Erwägungen sich eventuell nicht als genügend erweisen) im allgemeinen doch geeignet sein, die bei vielen noch immer bestehenden Zweifel und Bedenken gegenüber den rechtskonstituierenden Klagen aufzuheben.

НОВАЯ СУДЕБНАЯ ПРАКТИКА ВНР ПО ВОПРОСУ СИСТЕМАТИЗАЦИИ ИСКОВ

Профессор Л. НЕВАИ, Будапешт

Систематизация исков необходима для теоретической ясности в науке, но кроме того имеет и большое практическое значение. В зависимости от постановления суда о том, к какому типу иска подходит данный конкретный иск, могут зависеть важные вопросы (напр. проблемы о компетенции и подведомственности), и такое решение суда может повлиять и на то, допущен ли судебный путь. В данной работе исследуются следующие вопросы: какие проблемы возникают в практике венгерских судов в связи с систематизацией исков на основе процессуальных критериев и какие научные выводы могут быть сделаны по отношению отдельных видов исков на основе обобщения опыта судебной практики.

Меньше всего проблем возникает в связи с *исками о присуждении*. Венгерские суды выработали единую практику по вопросам о возможности возбуждения процесса в делах, в которых срок требования не истек и по отношению вопроса о возможности определения условного присуждения в случае осуществления прав в таких делах, в которых срок исполнения истек.

По отношению к *искам о признании* суды принципиально придерживаются к предписанию закона, который гласит, что такой иск может иметь место только лишь в случае, если требуемое признание необходимо для защиты прав истца от ответчика, то есть, когда реальна необходимость в правовой защите. Отказывают суды в иске о признании в том случае, если истец вправе требовать уже исполнения. Однако истец может предъявить помимо требования о присуждении éventуальное исковое требование и о признании (мнимая совокупность исков).

Много разногласий в социалистической правовой науке по вопросу о *преобразовательных исках*. Многие категорически отрицают существование преобразовательных исков (и судебных решений, естественно), некоторые признают только конститутивные иски об изменении и о прекращении правоотношения, но исключают возможность исков о создании правоотношения. Автор утверждает возможность существования преобразовательных исков о создании правоотношения и подтверждает свою точку зрения примерами, взятыми из венгерского и иностранного процессуального законодательства, а также венгерской судебной практики последних лет.

PROBLEMS ABOUT THE CLASSIFICATION OF ACTIONS IN THE NEW HUNGARIAN JUDICIAL PRACTICE

Professor Dr. LÁSZLÓ NÉVAI,

Head of Civil Procedure Law Department of Budapest University

The classification of actions — in addition to the requirement of the theoretical clearness — is of great practical importance. On the attitude of court, i. e. what type of actions it qualifies the action in a given concrete case, the decision of important questions may depend (e. g. problems of jurisdiction and competence), moreover, the decision may affect the permissibility of enforcing one's right itself through court. The treatise examines what problems follow from the classification according to procedural criteria in the practice of the Hungarian courts and what scientific conclusions may be drawn by the generalization of experiences in sentencing concerning the types of actions.

The least problems arise in connection with *actions claiming performance* (condemnation actions). The Hungarian courts have developed a uniform practice concerning the suability of still not overdue claims and the possibility of the conditional condemnation of overdue claims.

In the sphere of *declaratory actions* the courts consistently insist on that legal condition according to which declaratory actions can be allowed if the required declaration is necessary in order to protect the rights of the plaintiff against the defendant, i. e. the necessity of legal remedy exists. The courts dismiss the action for declaration also in the case if the plaintiff may already demand condemnation. But there is no obstacle to the fact that the plaintiff in addition to the points of claim for condemnation may eventually submit points of claim for declaration too (apparent joinder of causes of action).

In the socialist legal science there are a lot of discussions about the *actions altering a legal state of affairs* (constitutive actions). Some deny the existence of constitutive actions (and — of course — judgements), others recognize only the constitutive action for the alteration and for the discontinuance of legal relations, but preclude the possibility of actions for establishment of law. The author supports his standpoint recognizing the possibility of constitutive actions for establishment of law with examples taken from the Hungarian and foreign socialist legislations of late years and from the Hungarian judicial practice.